

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Verkaufsstellen der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Nachmittag 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochenenden bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.
In den Filialen für Zus. Anzeigen:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22.
Dreis. 24/25, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 15,300.

Abonnementspreis viertel. 4 1/2, Halbj. 8, Vollj. 15, incl. Frachtporto 6 Pf., durch die Post bezogen 6 Pf. Mehr. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegremise 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 36 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Inserate 50 Pf. Petitione 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellenblätter 50 Pf. nach höherem Tarif. Redaction unter dem Redactionszeichen die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postremise.

№ 74.

Freitag den 15. März 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit auf dem zwischen der Arndt- und Wollstraße gelegenen Tracte der Kochstraße Schenkeneubauern vorzunehmen und fordern daher im Interesse der Erhaltung der Schenkeneubauern in gutem Zustande diejenigen Besitzer bez. Administratoren der an genannte Straßentracte angrenzenden Grundstücke, für welche sich die Nothwendigkeit der Einführung von Beischleusen in die Hauptschleuse für die nächsten Jahre absehen läßt, auf, hierüber bis spätestens

den 30. April d. J.

bei dem Rathbauamte (Rathhaus, 2. Stage) Anzeige zu erstatten, damit die Legung der Privatbeischleusen ohne gleichzeitige mit dem Bau der Hauptschleuse auf Kosten der Adiacenten erfolgen kann.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Dankfagung.

Von der unlängst zu Plogwitz verstorbenen Frau Fiddy verm. Advocat Steche sind dem hiesigen Orchester-Vorstande

Sechshundert Mark

schuldig geworden. Wir versehen nicht, für diese freundliche Gabe unsern Dank hiermit öffentlich auszusprechen.
Leipzig, den 13. März 1878. Der Verwaltungsausschuß des Orchester-Vorstandes.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Das neue Schuljahr beginnt in der höhern Abtheilung, deren Reifezeugnisse zum einjährigen Freiwillingenstudium berechneten, am 25. April. Anmeldungen für dieselbe erbittet sich der Unterzeichnete in den Wochentagen von 10 bis 12 1/2 Uhr und Prospecte sind im Schulgebäude zu haben.
Dr. Odermann, Director.

Leipzig, 14. März.

Noch einmal, nicht vor dem erhofften Zusammen-
tritte des Congresses, spitzt sich die orientali-
sche Krise scharfer zu. Der Großfürst
Nikolaus will durchaus dem Sultan in Konstanti-
nopol einen Besuch abstatten; dieser aber mel-
det sich krank, und der Großfürst setzt sich daher, nach
dem Motto „Und bist du nicht willig, so brauch'
ich Gewalt“, mit Koffen und Reisigen in Bewegung,
um seinen Besuch auf dem nicht mehr ungewöhn-
lichen militärischen Wege ins Werk zu setzen. Einem
Konstantinopoler Telegramme zufolge nähert die
russische Armee sich bereits Bujukdere, dem
Sommerhofe der europäischen Diplomatie am
Bosphorus, und andere Anzeichen lassen darauf
schließen, daß der linke Flügel sowie das Centrum
der russischen Aufstellung vor Konstantinopel die
gleiche Höhe mit San Stefano erreichen
sollen. Die türkische Hauptstadt ist jetzt von
zwei Seiten her eingeschlossen, und diese Annähe-
rung der Russen muß natürlich nicht nur die
Türken in neue Angst jagen, sondern auch bei den
Engländern Besorgniß erregen und auf dieser Seite
Gegenbewegungen zur See hervorrufen. Die
Dardanellenflotte rückt näher heran und auch das
britische Geschwader, das bisher in der Dardanel-
land, ist nach den Dardanellen beordert, um dort
das vor Gallipoli stehende Geschwader zu ver-
stärken. Es sind das beiderseits Vorsichtsmaß-
regeln und Rundgebungen, die schwerlich zu irgend
welchen ernstlichen Begegnungen führen werden.
Aber sie bilden doch eine sehr unharmonische Be-
gleitung zu den jetzt schwebenden Vorverhand-
lungen für den Congress. Das Gerücht, daß die
deutsche Regierung bereits die Einladungen zum
Congress erlassen habe, stellt sich als verfrüht her-
aus. Schon aus formellen Gründen konnte dies
nicht eher geschehen, als bis der Friedensver-
trag, mit dem Ignatieff und Reouf Pascha
am Freitag oder Sonnabend in Petersburg
eintreffen sollen, endgültig abgeschlossen und be-
kräftigt (ratifizirt) ist. Außerdem hat auch
das Congressproject selbst noch nicht ganz festen
Boden gewonnen; es müssen erst gewisse Punkte
erledigt sein. Dieselben betreffen das Programm
des Congresses oder die Grundlagen, auf denen er
zu verhandeln haben würde. Rußland will diese
Grundlagen enger, England und Oesterreich wollen
sie weiter gefaßt wissen. Rußland fräht sich,
den ganzen Friedensvertrag vorzulegen; es will
dabei nur diejenigen Abmachungen der europäischen
Diplomatie unterbreiten, die nach seiner Ansicht
den Grund bilden. England aber meint, daß die Ent-
scheidung hierüber dem Congress zusteht. Oester-
reich ist namentlich daran gelegen, die Frage nach
der Begrenzung des neuen bulgarischen Staates
und nach dessen längerer oder kürzerer Befreiung
durch die Russen vor den Congress gezogen zu
sehen. Es will, so verlautet, die russischen Truppen
nicht zwei Jahre lang, sondern höchstens 6 Monate
in Bulgarien lassen, und es will nicht dulden, daß
das Gebiet des neuen Slavenreiches bis zum
ägäischen Meere hinab reiche. Die Entscheidung
hierüber, die seine Lebensinteressen berührt, mag
es nicht den Kriegführenden allein überlassen. Und
beide, England und Oesterreich, wollen dem an-
wachsenden slavischen Element das griechische gegen-
über stellen. Wie jenes durch die Lokalisierung der
slavischen Provinzen, so soll dieses durch die Befrei-
ung oder Wesserstellung der griechischen gehoben werden
und ein Gegengewicht gegen Rußland bilden helfen,
als dessen Vorhut die slavischen Balkanstaaten an-
zusehen sind. England und Oesterreich arbeiten
daher an der Vertretung Griechenlands auf dem
Congress. Daß dessen Zulassung von Rußland
bereits eingeplant sein sollte — wie von einer
Seite gemeldet — ist nicht sehr wahrscheinlich;

cher wird Rußland in eine indirecte Vertretung
der Hellenen durch England willigen. Griechenland
macht im Augenblicke die größten Anstrengungen,
um selbst auf dem Congress erscheinen zu dürfen,
und Oesterreich unterstützt diese Bemühungen. Das
sind die Vorfälle, über die gegenwärtig zwischen
den Mächten — unter Deutschlands Vetheiligung
und Vermittelung — verhandelt wird. Keiner
dieser Streitpunkte ist derart, daß er eine fried-
liche Verständigung ausschließt. Hoffen wir, daß
diese bald erreicht werde, damit der Congress,
auf den alle Augen sehnsüchtig warten, sein Friedens-
werk beginnen könne.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 14. März.

Dem preussischen Staatsministerium liegt gegen-
wärtig ein Entwurf vor, welcher bejedenfalls
mittels eines preussischen Antrages im Bundesrathe
eine Vorlage in den Reichstag zu bringen, durch
welche die Reichsregierung ermächtigt werden soll,
Ermittelungen in Betreff der verschiedenen Formen
der Tabaksteuer vorzunehmen.
Ueber das Schicksal der Steuerentwürfe im
Reichstage schreibt man der „R. Ztg.“: Nachdem
die Budget-Commission ihre Aufgabe bezüglich des
Budgets vollendet hat, hat sie sich der Erörterung
dieser Vorlagen zu unterziehen. Das Ergebnis
wird die Ablehnung sein. Die Regierung hält
indessen an der Tabaksteuer fest und wird sich die
Möglichkeit offen halten, entweder eine Besteuerung
nach dem amerikanischen System oder das Monopol
zu beantragen. Zunächst soll eine Enquete über
den Zustand des Tabakbaues und der Tabakfabri-
kation im deutschen Reiche angestellt werden, gleich-
zeitig werden einige sachverständige nach den ver-
einigten Staaten entsandt werden, um an Ort
und Stelle das amerikanische System gründlich zu
studiren. Wie bald diese Expeditionen eine neue
Vorlage ermöglichen, ist noch nicht voraus-
zusetzen; schwerlich dürfte das für die nächste
Session der Fall sein.

Der Reichstag hat am Mittwoch seine
Sitzungen vertagt, um zunächst den beiden Häusern
des preussischen Landtages möglichst freien Raum
für den Abschluß ihrer dringenden Aufgaben zu
gewähren. Die weiteren Anordnungen im Reichs-
tage dürften sich jedoch wesentlich danach richten,
daß der Reichshandelsvertrag rechtzeitig bis zum
1. April festgesetzt sein kann. Die Häuser des
Landtages nehmen ihre vor fünf Wochen unter-
brochenen nur in einigen Commissionen fortge-
führten Arbeiten wieder auf. Das Herrenhaus
wird vor Allem das Ausführungsgesetz zur Reichs-
gerichtsverfassung auf Grund der sorgfältigen
Commissionarbeiten weiter beraten, — das Ab-
geordnetenhaus über die vor der schließlichen weite-
ren Vereinbarung über dieses Gesetz die dringliche Vor-
lage wegen Fertigstellung der Berliner Stadt-
eisenbahn aus Staatsmitteln in Beratung nehmen.
Die Nachsession des Landtages dürfte kaum weniger
als 14 Tage in Anspruch nehmen.

Der (Bennigsen'sche) „Hannoversche Courier“
schreibt über die voraussichtlichen Wirkungen des
Stellvertretungsgesetzes:

Das Gesetz — und darin liegt seine wesentliche
und dauernde Wichtigkeit — ermöglicht, daß künftig
an die Spitze der einzelnen Reichskammern „Reichs-
minister“, d. h. Männer von geistiger Selbstständigkeit
und politischer Initiative, treten, da es gestattet, daß
auf die Oberen der Reichskammern die Verantwortlichkeit
des Kanzlers übertragen wird. Für den Augenblick
dagegen ist die Bedeutung eine andere. Sie könnte
darin liegen, daß durch die Ernennung des „Vic-
kanzlers“ die Verbindung der Reichsregierung mit der
parlamentarischen Mehrheit hergestellt würde, deren
Mangel so viele Mißstände im Gefolge hat. Nach den
Borgängen der jüngsten Zeit ist diese Entlohnung

der Situation aber jetzt sehr unwahrscheinlich; viel
wahrscheinlicher ist, daß von der Vollmacht zur Ueber-
tragung der Stellvertretung auf die verschiedenen
Reichskammern Gebrauch gemacht, ein „allgemeiner Ver-
treter“ jedoch zunächst nicht ernannt wird. Da im Per-
sonal dieser Leiter der einzelnen Reichskammern eine er-
hebliche Veränderung kaum bevorsteht, so würde sich
die nächste Ausführung des Stellvertretungsgesetzes
somit nur als eine geschäftliche Auskunft darstellen,
welche den Fürsten Bismarck entlastet, ihm aber, weil
von jenen Reichskammern einer das Jaug hat, sich
zu einem „Reichsminister“ zu entwickeln, unan-
nehmbar ist. Die gesammte obere Leitung der Reichsregierung über-
lassen würde.

Die halbmonatliche „Provinzial-Correspondenz“
bespricht die Annahme des Stellvertretungs-
gesetzes durch den Reichstag in ihrem Leitartikel,
dessen Gedankengang schon durch die Ueberschrift
charakterisirt wird: „Ein guter Schritt vorwärts
in der Reichsverwaltung“. Der höchst bemerkens-
werthe Artikel erwähnt zuerst die Beforgnisse und
übertriebenen politischen Bedenken, welche sich an
das erste Bekanntwerden des Vorschlages geknüpft,
die, an sich ungegründet, bald gegen die Erkennt-
niß der großen geschäftlichen Wichtigkeit und prak-
tischen Bedeutung des Entwurfs zurücktraten. Dann
heißt es weiter:

Die liberale Partei hatte die Frage und deren
wünschenswerthe Lösung in engem Zusammenhange
mit der Behandlung der Finanz- und Steuerreform
im Reiche und mit den gleichzeitig erstrebten weiteren
Organisationsveränderungen aufstellen zu müssen ge-
glaubt. Als nun die erste Berathung der Steuer-
vorlagen mit einem anscheinend scharfen Gegensatz
zwischen den Bestrebungen der Regierung und der
Mehrheit des Reichstages schloß, da galt es als un-
vermeidlich, daß die Parteistellungen bei der Erörte-
rung der Stellvertretungs-Vorlage zu weiteren und
bestimmteren Ausdrücken gelangen würden, um so
mehr, als diese in einem wichtigen Punkte allerdings
die künftige Behandlung der Finanzfragen des Reiches
berührt. Um so erfreulicher ist es, daß der Reichstag
in seiner großen Mehrheit, ungeachtet mancher
lebhaften politischen Auseinandersetzungen, welche
sich an die Berathung knüpften, doch die Vorlage
selbst lediglich nach ihrer unmittelbaren praktischen
Bedeutung und Nothwendigkeit ins Auge faßte und
sich in seinen Beschlüssen nur von dem Gesichtspunkte
leitete, daß Zustandekommen des an sich unbedingt
erforderlichen Gesetzes nicht durch den Streit über
besondere politische Wünsche zu gefährden. Derselben
conservativen und liberalen Parteien, welche durch ihr
Zusammentreten mit der Regierung seit der Grün-
dung des norddeutschen Bundes alle Fortschritte des
Verfassungslebens gefördert haben, sind auch diesmal
fest und geschlossen für die volle Sicherung und
weitere Erhaltung der Reichsverwaltung eingestanden.
Wenn das, was durch das neue Reichsgesetz erreicht
ist, hinter den Parteierwartungen zurückbleibt, so ist
es doch keineswegs nur ein „Nothbehelf“, — sondern
es ist damit zur rechten Zeit geschaffen, was für die
Reichsverwaltung dauernd Roth thut. So ist denn
in der That mit dem Stellvertretungsgesetze ein guter
Schritt vorwärts gethan für die feste und erspriehliche
Organisation der Reichsverwaltung.

In ihren üblichen kurzen Notizen über die Thä-
tigkeit des Kaisers erwähnt die „Dron.-Corr.“ auch
den Empfang des Ministers Campana in Wien seitens
Sr. Majestät und erwähnt dabei, daß das Ab-
schiedsgesuch des Herrn Ministers bisher nicht ge-
nehmigt sei.

Aus Berlin schreibt man der „Magdeb. Ztg.“:
Man ist gespannt darauf, ob der Finanzminister
Campana an den Beratungen des Land-
tages theilnehmen wird; im Reichstage war er seit
der vielbesprochenen Tabaksteuerdebatte nicht wieder
erschienen. Die Auffindung eines geeigneten Nach-
folgers für Herrn Campana macht außerordent-
liche Schwierigkeiten; am liebsten sähe es der
Reichskanzler, der Finanzminister bliebe im Amte
und verzähe, was sich in den letzten Wochen zuge-
tragen hat. Allein Herr Campana ist hierzu
nicht zu bewegen, und Fürst Bismarck weiß das

auch. Der Minister soll geäußert haben, er werde
nach Niederlegung der Geschäfte Berlin auf lange
Zeit verlassen. Was neulich von äußeren An-
gelegenheiten erzählt wurde, die dem Minister zuge-
schrieben waren, um ihm das Verbleiben im Amte
plausibel zu machen, das Alles ist als mythisch ab-
zuweisen. Es bleibt völlig unklar, wie sich in der
nächsten Zukunft die innere Lage gestalten wird.

Von kirchlicher Seite wird eifrig gearbeitet, um
den Culturlampf zu beendigen. Man ist durch
Unterhändler in Rom, wo sich in letzter Zeit und
theils noch augenblicklich eine Anzahl bekannter und
unbekannter Größen befinden, bemüht, eine Ein-
wirkung auf und durch jene Kreise herbeizuführen,
welche seit Jahren dahin streben, den Reichskanzler
zu beseitigen und namentlich seit Jahr und Tag
gewisse Vorlesungen in der protestantischen Kirche
zu beantragen, um die Stellung des Cultus-Ministers
fall zu untergraben. Mit ziemlicher Wahr-
scheinlichkeit ist jedoch vorauszusetzen, daß diese
Intriguen ihr Ziel verfehlen. Cardinal Franconi
ist zu klug, um sich darauf in irgend welcher
Weise bindend einzulassen. Als der unfrucht-
bar tüchtigste, vielleicht einzige Diplomat der
Curie wird er diese Unterhändler nicht vor den
Ropf stoßen, weil er sich die Möglichkeit nicht ab-
schneiden mag, auf dem günstigsten Wege zum
Ziele zu kommen. Aber er sagt sich auch, daß es
nicht leicht ist, den Reichskanzler aus dem Sattel
zu heben; er sieht ein, daß der Cultusminister in
diesem seine beste Stütze findet, und verschmäht es
daher nicht, durch factisches Nachgeben zum Ziele
zu kommen. Die Operation der freiwilligen
Diplomaten betrachtet er als ein Mittel, die wirk-
lichen geneigter zu machen, um dem Vorwurfe,
als wolle man den Frieden unter keiner Bedingung,
die Spitze abzubrechen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus
erklärte in Beantwortung einer Interpellation
wegen der Grenzsperrre am 13. März der
Ministerpräsident Herr Kautzsch, es seien bereits
durch den Minister der auswärtigen Angelegen-
heiten bei der deutschen Regierung und dem schwe-
izerischen Bundesrathe Schritte gethan, um eine
Aufhebung der Grenzsperrre zu erzielen und den
freien Transport von Vieh zu ermöglichen. — Im
weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die General-
debatte über das Budget beendet und mit sehr
großer Majorität beschloffen, in die Specialdebatte
dieselben einzugehen. Die ersten vier Capitel des
Budgets wurden genehmigt. Das Daus wählte
schließlich einen Ausschuss von 18 Mitgliedern
zur Berathung darüber, auf welche Weise Er-
parungen im Staatshaushalte zu erzielen seien. —
Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht ein Hand-
schreiben des Kaisers an den Fürsten Knerberg,
in welchem der Kaiser der ihm gemachten trösten-
den Rundgebungen der ungenügenden Teilnahme und
aufrichtigsten Betrübnis über das Hinscheiden seines
Vaters mit besonderer Klugheit dankt und der
gesammten Bevölkerung der Monarchie für die
auf Neue bewiesene Treue und Anhänglichkeit an
das Kaiserhaus seinen herzlichsten Dank ausdrückt.

Das neue italienische Ministerium sollen
nach einer noch der Bestätigung bedürftigen Mel-
dung außer Zanardelli und Farini auch Abignone
und Defanctis eintreten; zum Minister des Aus-
wärtigen sei, falls General Durando auf der Ab-
lehnung dieses Postens beharren sollte, der Präfect
von Mailand, Borbesson, auszuwählen. Als Candidat
für das Präsidium in der Kammer würde von der
Majorität der Kammer Coppina aufgestellt werden.
Mit der Krise im Quirinal scheint eine Krise
im Vatican gleichen Schritt zu halten. Die
Partei der Unversöhnlichen hat in den Spalten des
„Observatore romano“ der neuen Kera offen den
Krieg erklärt. Sie greift zwar nicht die Persön-
lichkeiten des Papstes und des Cardinal-Staats-